

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 23. Dezember 1925.

### WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1925.

#### Fortsetzung der Beratung des Hauptvoranschlages für 1926.

G.R. Haider (chr. soz.) bemängelt, dass das Ergebnis des Voranschlages der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1926 um nicht weniger als 200.000 Schilling geringer eingesetzt ist, als für das Jahr 1925. Daraus ist die Tendenz ersichtlich, die Zahlen des Voranschlages möglichst niedrig einzusetzen, um dann üppige Reingewinne ausweisen zu können. Auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen, könne die Minderheit den Zahlen des Voranschlages keinen Glauben schenken. Die städtischen Unternehmungen haben für das Jahr 1924 einen Gebarungüberschuss von 570.000 Schilling veranschlagt, aber das Ergebnis sind 855.000 Schilling. Schon diese Gegenüberstellung zeigt klar, wie hier gewirtschaftet wird. Redner verlangt, dass die bei den Gas- und Elektrizitätswerken von den Konsumenten geleisteten Vorauszahlungen endlich zurückgezahlt oder verzinst werden sollen. Schliesslich bemängelt er die sozialpolitische Fürsorge für die Bediensteten der städtischen Unternehmungen, sowie die Hinwegung des Koalitionsrechtes durch die Gemeinde.

G.R. Kunachak (chr. soz.) richtet an den Referenten die Anfrage, wie hoch die Fürsorgeabgabe der städtischen Unternehmungen an die Gemeinde Wien sei und verlangt, dass eine Pauschalabrechnung über die Kosten der Elektrifizierung der Stadtbahn dem Gemeinderat vorgelegt werden soll.

G.R. May (chr. soz.) begrüsst es, dass durch die Elektrifizierung der Stadtbahn eine Entlastung gewisser Strassenbahnlinien eingetreten sei. Leider hat man aber die Intervallen dieser Linien wieder verlängert. Die Einrichtungen auf der Wiener elektrischen Stadtbahn sind noch sehr unvollständig und der Verkehr ist geradezu lebensgefährlich. Es ist zu hoffen, dass hier bald im Interesse der Bevölkerung Wandel geschaffen werde.

G.R. Linder (soz. dem.) erklärt, die Bevölkerung von Salmansdorf wünsche seit Jahren den Ausbau der Strassenbahn, der aber leider wegen der ausserordentlich hohen Kosten nicht vorgenommen werden kann. Nun müssen die Bewohner von Salmansdorf und Neustift am Walde jetzt für den Autobus einen Fahrpreis von 14 Groschen entrichten, schon bei einer Fahrt in die Stadt insgesamt 38 Groschen zahlen. Wir sind überzeugt, dass es/in den Intentionen der Gemeinde liegen kann, diese Bewohner schlechter zu behandeln als die übrigen Wiener, deswegen wird beantragt, der ansässigen Bevölkerung von Neustift am Walde und Salmansdorf ist auf Ersuchen durch die Strassenbahndirektion eine Erkennungskarte auszustellen, die jeden Bewohner zur Lösung einer kombinierten Fahrkarte zum Preise von 30 Groschen berechtigt. Die Erkennungskarten werden nur den in Neustift und Salmansdorf wohnenden Personen ausgestellt und behalten nur solange Gültigkeit, bis die Strassenbahn nach Neustift am Walde ausgebaut sein wird. Redner bittet um Annahme dieses Antrages.

G.R. Lehninger (chr. soz.) verweist auf die Tatsache, dass die Frequenz auf der Strassenbahn um hundert Millionen Fahrgäste zugenommen hat während die Zahl der Angestellten nur um 364 vermehrt wurde. Das bedeute eine unerhörte Ausnützung der Arbeitskraft der Angestellten, die 16 bis 18 Stunden Dienst machen müssen. Der Achtstundentag sei also hier der reinste Schwindel.

G.R. Weigl (soz. dem.): Es wird ja niemand gezwungen über die Zeit zu arbeiten.

Zweiter Bogen.

G.R. Lehninger(chr. soz.): Gewiss nicht, aber die Angestellten müssen natürlich mehr arbeiten, weil sie mit dem Kollektivvertragslohn nicht das Auslangen finden können. Redner verweist dann auf das Anwachsen der Unfälle im Strassenbahnbetrieb, es haben sich im vergangenen Jahre um 1367 mehr Unfälle ereignet und die Gemeinde hat über eine Milliarde an Entschädigungen zahlen müssen. Die Ursache dieser Steigerung der Unfälle liegt in der wahn sinnigen Ueberfüllung der Strassenbahnwagen und die Hauptschuld dieses einer Grösstadt unwürdigen Zustandes treffe die Gemeindeverwaltung und die Strassenbahndirektion, die nichts zur Abhilfe tut. Ihr so genannter Freier Gewerkschaftsverband leidet an Marasmus, weshalb für ihn etwas geschehen muss. Das wird so gemacht, dass man die Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, vom Fahrdienst in die Werkstatt versetzt.

G.R. Preyer (chr. soz.) schreiend: Schämen Sie sich!

G.R. Lehninger: Wir haben sehr viele solcher Fälle. Besonders krass ist der Fall des Strassenbahners Gaupmann, der in Brunn am Gebirge wohnt und vom Strassenbahnhof Perchtoldsdorf nach Speising versetzt wurde.

G.R. Weigl (soz. dem.): Jetzt erlaubt sich die Strassenbahndirektion sogar schon die Versetzung eines christlichsozialen Strassenbahners!

G.R. Lehninger: Sie machen es aber mit der Diensterteilung genau so. Wer nicht Mitglied Ihrer Organisation ist, bekommt keine Extraturen.

G.R. Weigl: Aber Sie schimpfen doch über die Ueberstunden!

G.R. Lehninger: Sie nützen in der schamlosesten Weise Ihre Macht aus. Das ergibt sich insbesondere bei den Neuaufnahmen. Ich habe hier ein Protokoll, aus dem hervorgeht, dass ein Arbeiter im Mai 1924 um eine Stelle bei der Strassenbahn ersucht hat. Der Mann wurde von dem Personalvertreter Leitner gefragt, ob er gewerkschaftlich und politisch sozialdemokratisch organisiert sei. (Grosser Lärm bei der Minderheit). Man hört nur den Gemeinderat Müller (soz. dem.) schreien: Wer bei der Wehrmacht jetzt aufgenommen werden will, muss den Beichtzettel des Pfarrers mitbringen!

G.R. Hiess (soz. dem.): Der Mann war ja in Stellung.

G.R. Lehninger: Ja aber in Mürzzuschlag und er ist ein gebürtiger Wiener. Aber Herr Leitner hat ihm auch geraten aus der Kirche auszutreten. Erst dann soll er wieder kommen. Neuerlicher grosser Lärm.

G.R. Preyer: Das ist die grösste Gemeinheit die es gibt! Ein Skandal.

G.R. Haider: Eine Kulturschande ist das!

G.R. Preyer: Das nächste Mal werden Sie verlangen, dass der Mann sich beschneiden lassen muss, um bei der Strassenbahn aufgenommen zu werden. (Allgemeine Heiterkeit).

G.R. Lehninger: Alle Angaben in diesem Protokoll können gerichtlich beeidet werden. Auch die Stellung der Strassenbahner ist unhaltbar. Die Leute wollen die schematische Entlohnung und nicht den Kollektivvertrag, was sehr deutlich bei den Unterbeamten zu sehen war. Aber Sie wollen nicht. Auf den Bahnhöfen herrscht ein Denunzianten- und Spitzeltum. Das wird noch gefördert durch den Ausspruch Stadtrat Speisers, dass jeder Bedienstete, der einen Obergenossen beleidigt, in Disziplinaruntersuchung gezogen werden wird. Auch wir sind gegen solche Beleidigungen. Gerechter Weise müsste aber auch dagegen vorgegangen werden, wenn man christliche Führer beleidigt. Auch die Dienstordnung der Strassenbahner spricht der Gerechtigkeit Hohn. Ebenso die Pensionverhältnisse, weil Sie den Strassenbahnern ~~den~~ eigene Pensionskasse genommen haben.

D r i t t e r B o g e n .

Redner bespricht nun die Angriffe, die im Organ des Freien Gewerkschaftsverbandes wegen einer Fahnenweihe der christlichen Strassenbahner in Währing erhoben worden sind. Es wurde dort behauptet, dass für diese Fahne bei einem Juden um Geld gebettelt wurde. Das ist gemein, gelogen und verleumdeter. Wir sind bereit, im Gerichtssaal uns auseinanderzusetzen.

G.R. Haider (chr. soz.) : Der Redakteur Holek hat gemein gelogen und verleumdeter. Ich sage es hier, der Mensch hat keinen Funken Ehrgefühl im Leib.

G.R. Lehninger : Wir haben noch einen zweiten solchen Fall. Auch hier sind wir bereit den Schwurgerichtssaal zu betreten. Die Gemeindeverwaltung aber müssen wir dringendst ersuchen, endlich erträgliche Zustände im Strassenbahnbetrieb zu schaffen (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Dirisamer (chr. soz.) bringt Wünsche des Bezirkes Landstrasse vor, so die Wiederherstellung der aufgelassenen Haltestelle an der Ecke Erdbergerstrasse-Lechnerstrasse, die stärkere Führung der Linie J in den Abendstunden und die Führung der Linie F von der Remise Simmering über den Kai. Redner verlangt die Verglasung der noch offenen Motorwagen, Einführung eines Zonentarifes und den Ausbau einer Linie durch das Erdbergermais zu den grossen städtischen Werken. Eventuell solle ein Vertrag mit der Pressburger Landesbahn abgeschlossen werden, die ja auch Stromabnehmerin der städtischen Elektrizitätswerke ist, der Umsteigmöglichkeiten von der Landesbahn auf die Wiener Strassenbahn und umgekehrt schafft.

G.R. Weigl (soz. dem.) stellt fest, dass bei den Strassenbahnen die 48 Stundenwoche besteht, die höchstens mit einem sechsständigen Extradienst überschritten werden darf. Es ist richtig, dass wir nur Arbeitslose aus Wien bei der Strassenbahn anstellen, nicht aber Leute, die in Mürzzuschlag ohnehin Arbeit haben. Auf das entschiedenste muss ich aber mich gegen die Beschimpfungen und Beleidigungen verwahren, die gegen einen hier im Saale Abwesenden gerichtet sind, der nicht die Möglichkeit hat, sich zu verteidigen. Wir haben die Originalbriefe eingesehen, können also keinen Zweifel in die Richtigkeit der Angaben setzen. Wir gehen deshalb nicht in den Gerichtssaal, weil wir den Namen des Gewährsmannes nicht verraten wollen. (Grosse Unruhe bei den Christlichsozialen). Wir lassen uns lieber beschimpfen, bevor wir unanständig werden! (Zwischenruf des Gemeinderates Haider: Nachmittags werde ich Ihnen etwas zeigen).

G.R. Waldaam (chr. soz.) polemisiert gegen die Anschauungen des Gemeinderates Stein über organisatorische und gewerkschaftliche Fragen, er beschwert sich über ungerechte Behandlung der christlichen Strassenbahner, denen wegen ihrer Zugehörigkeit zur christlichsozialen Partei die Entlassung drohe und schliesst mit einem Aufruf an die christlichen Angestellten und Arbeiter der städtischen Unternehmer, in dem er ein Wort des Dichters Georg Herwegh zitiert: "Brecht das Doppeljoch entzwei, brecht die Not der Tyrannei, brecht die Tyrannei der Not, Brot ist Freiheit, Freiheit Brot." (Gemeinderat Stein ruft: Hoch Herwegh).

G.R. Erben (chr. soz.) beklagt sich darüber, dass die Gemeinde die Verträge über die Leichenkostenversicherung der Strassenbahnangestellten nicht respektiere und in jedem einzelnen Falle versuche, im Ausgleichswege die Rechte der Angestellten zu schmälern. Es seien deswegen schon viele Prozesse beim Verwaltungsgerichtshof aufgeföhrt worden, der entschieden habe, dass die damals abgeschlossenen Versicherungen zu Recht bestehen und einzuhalten seien. Redner ersucht den Referenten um die Erklärung, wie sich die Gemeinde zu den Versicherten stellt.

G.R. Paulitschke (chr. soz.) beschäftigt sich mit Misständen auf der Gürtellinie der Stadtbahn, verlangt die Eröffnung der Wartesäle, die Heizung der Waggons und die Aushängung eines Fahrplanes <sup>der</sup> Anschlussstrecken der Bundesbahnen, Er stellt den Antrag, die Intervalle auf den Li-

nien 57 und 157 in der Gumpendorferstrasse zu verkürzen und den Verkehr bis 12 Uhr nachts auszudehnen. Zweitens, die Fürsorgefahrtscheine auch für den Umsteigerverkehr auf die Stadtbahn gültig zu machen.

G.R. Holaubek (chr. soz.) stellt fest, dass die Bezahlung der Strassenbahner gar nicht so günstig ist, wie behauptet wurde. So beträgt der Höchstbezug eines Schaffners im Kollektivvertrag nur 324 Schilling, während er bei einer Einreihung ins Schema in die Gruppe I, das heisst die frühere Gruppe VI kommen müsste. Redner verlangt, dass man auf die Wünsche der Währinger Bezirksvertretung in Bezug auf Haltestellen eingehen wolle und nicht wie bisher dazu nicht Stellung nehme.

Dann verliest er zwei offene Briefe von Bewohnern der Bezirke Währing und Salmansdorf. In dem einen Brief wird die Wiedereröffnung der Strassenbahnhaltestellen Kutschergasse und Köhlorgasse verlangt, in dem zweiten Brief die Führung der Strassenbahnlinien durch das Krottenbachtal nach Neustift am Walde. Redner stellt zwei diesbezügliche Anträge.

Bürgermeister Seitz leitet sodann die Abstimmung über die Verwaltungsgruppen für technische Angelegenheiten und für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ein, die mit den Stimmen der Mehrheit angenommen werden. Die Anträge zur Gruppe für Bauwesen werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt, der Antrag Rummelhardt über die Erhöhung der Kunstpreise wird abgelehnt. Der Bürgermeister schliesst um 1<sup>15</sup> die Sitzung.

Nachmittags 4 Uhr nächste Sitzung des Gemeinderates, mit der Fortsetzung der Debatte über die Verwaltungsgruppe der städtischen Unternehmungen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 23. Dezember 1925.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1925.

Fortsetzung der

Beratung des Hauptvoranschlags für 1926.

Vorsitzende Gemeinderätin Beck eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird die Debatte über den Voranschlag für die städtischen Ungernernahmen fortgesetzt. Zuerst spricht

G.R. Karasek (chr. soz.), der den Bau der Strassenbahnlinie nach Salmansdorf verlangt und meint, dass die von der Direktion angeführten Gründe gegen den Bau dieser Linie nicht stichhältig sind. Die Brücke, über die diese Linie fahren muss, sei tragfähig, da heuer einige Dampfstrassenwalzen dort gefahren sind, die sicherlich schwerer sind als ein Strassenbahnwagen. Auch eine Linie in das Kahlenbergdorf entspreche einem dringenden Bedürfnis. Wenn hier die Kosten zu gross sein sollten, dann müsste man wenigstens einen Autobusverkehr einrichten. Auch die Naturschönheiten des Kahlenberges und Leopoldsberges müssen endlich der Stadt näher gebracht werden. Es geht nicht an, dass auf die Dauer diese hervorragenden Aussichtspunkte ganz vom Verkehr abgeschnitten bleiben. Redner verlangt die Schaffung einer Haltestelle in der Billrothstrasse an der Ecke der Gatterburggasse, weil dort jetzt das Bezirksgericht für Währing und Döbling seinen Sitz hat. Der 8. Wagen sei wenigstens in den Morgenstunden bis nach Heiligenstadt oder Nussdorf zu führen. Die Bezüge eines Schaffners mit 239 Schilling sind elend, denn von diesem Betrag kommen noch ungefähr 20 Schilling in Abzug.

G.R. Rausnitz (soz. dem.) führt an der Hand von Zahlen vor, dass die Divergenz zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss zur Zeit der glorreichen Herrschaft der heutigen Minderheit dieses Saales bedeutend krasser war als heute. Heute beträgt diese Diskrepanz 13.785 Schilling für die drei grössten Unternehmungen, nämlich Gaswerk, Elektrizitätswerk und Strassenbahn. Im Jahre 1913 betrug aber diese Differenz 770.000 Goldkronen, im Jahre 1912 sogar 2 1/2 Millionen Goldkronen. Nun kann aber jeder Geschäftsinhaber bestätigen, dass es ihm nicht möglich ist, über den Geschäftsgang des kommenden Jahres sichere Voraussagen zu geben. Anders verhält es sich bei einem Budget für die Hoheitsverwaltung. Bedeutet doch der Voranschlag nichts anderes, als dass die gesetzgebende Körperschaft entscheidet, wofür die aus öffentlichen Mitteln gewonnenen Gelder auszugeben sind. Der Voranschlag ist also ein wichtiges Instrument in der Demokratie. Ohne weiteres angewendet auf Unternehmungen ist er ein kompletter Unsinn. Wir haben aber diesen seit Jahrzehnten bestehenden Gebrauch weiter gehandhabt. Dieser Vorgang sollte aber beseitigt werden. Alle Anwürfe die gegen die Gebarung erhoben wurden müssen zurückgewiesen werden. Auch das Ausland handhabt nicht mehr die Voranschlagsrechnung für Betriebe. Sie ist Ueberrest einer vergangenen Zeit, wo man noch die kameralistische Buchhaltung führte. Die Diskrepanz zwischen Voranschlag und tatsächlichen Ergebnis ist also so gering, dass sie jeder Kritik standhalten kann.

G.R. Untermüller (chr. soz.) bezweifelt die in den Voranschlägen angegebenen Zahlen. Insbesondere die Strassenbahn errechnet bei jeder Tarifserhöhung einen Abfall von Fahrgästen, der sich dann in eine Zunahme verwandelt. Alle Wünsche, die hier vorgebracht werden sind vergeblich und es ist schon ein Vorteil, wenn der Strassenbahnverkehr nicht schlechter wird. Es scheint Ihnen lieber zu sein, wenn auf der Strassenbahn über den elenden Verkehr und die skandalöse Ueberfüllung geschimpft wird. Redner verlangt dann eine bessere Beleuchtung der Wartshallen, die Verlängerung der

Strassenbahnlinie zum Ottakringer Friedhof, eine gründliche Reinigung der Wagen und bemängelt schliesslich die ungenügenden Einrichtungen zur klagenlosen Abwicklung des Verkehrs auf der Stadtbahn. Er verlangt dann vom Referenten Aufklärung darüber, ob eine Gebühr für die Benützung eines Saales in der Direktion des Elektrizitätswerkes für einen Vortrag der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Alsergrund eingehoben worden ist.

G.R. Haider (chr. soz.) kommt auf die Fahnanaffäre der christlichen Strassenbahner in Währing zu sprechen und verliest einen Brief des Rechtsanwaltes Dr. Friedrich Kaltenecker des Inhaltes, dass Herr Haas eine Spende für die Luegerfahne nicht gewidmet habe. Redner betont, er habe am Blatt der christlichen Eisenbahner den Redakteur Holec einen gemeinen Lügner und Verleumder genannt und sich ihm zur Verfügung gestellt, aber Herr Holec habe bis heute nicht geklagt.

G.R. Weigl (soz. dem.) entgegnet, wenn Kollege Haider für sich den guten Glauben beanspruche, der ihm ohneweiters zugebilligt werden sollte, müsse er auch dem Redakteur Holec zubilligen, dass er auf Grund der Mitteilungen seines Gewährsmannes, der durchaus vertrauenswürdig sei, in gutem Glauben gehandelt habe. Der vom Gemeinderat Haider verlesene Brief besage gar nichts, übrigens sei die Frage ob Geld gespendet wurde oder nicht, von sekundärer Bedeutung. Hauptsache sei, dass seitens des christlichen Fahnenkomitees der Jude Mister Haas um eine Spende angegangen wurde. Redner verliest den in seinen Händen Befindlichen Originalbrief an Herrn Haas, in welchem dieser als "hochgeschätzter Wohltäter" bezeichnet und um eine Spende für die Luegerfahne ersucht wird. Dem Brief ist eine Kostenberechnung in der Höhe von 5000 Schilling beigegeben, sowie ein Erlagschein.

G.R. Müller Rudolf (soz. dem.): Dass ist ja das Springende an der ganzen Sache.

G.R. Preyer (chr. soz.): Der springende Punkt ist, woher Sie den Brief haben. (Rufe bei der Minderheit: Er ist gestohlen worden.)

G.R. Weigl (soz. dem.): Erst nachdem wir diesen strikten Beweis in Händen hatten, ist der Sachverhalt publiziert worden. Dann machte uns der Vertrauensmann auch die Mitteilung, dass Haas dreissig Millionen gespendet hat (Lärm und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen).

G.R. Kunschak: Sie gehen als Zeuge für die dreissig Millionen

G.R. Weigl: Sie werden auch als Zeuge von mir nicht die Mitteilung erlangen, von wem die Information herrührt. Ich füge hiezu, dass auch nachher und zwar in den ersten Dezembertagen ein neuerlicher Schnorrbrief an verschiedene Leute ausgesendet wurde. Redner verliest diesen zweiten vom Obmann, Kassier und Schriftführer des Fahnenkomitees gefertigten Brief in welchem es heisst, dass das Komitee sich in finanziellen Nöten befinde und an die katholische Bevölkerung Wiens appelliere, die "Luegergarde" nicht im Stiche zu lassen.

Rufe bei den Christlichsozialen: Was wollen Sie damit sagen?

G.R. Weigl: Ich will damit sagen, dass sich nach wie vor, das Fahnenkomitee die Gelder bei Preti und Pletl zusammenschorren will. (Lärm und zahlreiche Zwischenrufe bei der Minderheit: Nennen Sie diesen Gewährsmann). Wenn das ein Mann wäre, dem diese Veröffentlichung nicht schaden würde, würde ich es augenblicklich tun, aber der Redakteur musste sein Ehrenwort geben, den Mann nicht preiszugeben, weil seine Existenz gefährdet wäre. (Rufe bei der Minderheit: Das ist unerhört, ein Skandal, dass Ihre Partei solche Sachen in öffentlicher Sitzung vorbringt.)

Sie werden den Redakteur nicht dazu bringen, dass er sein Redaktionsgeheimnis verletzt und eine Unanständigkeit begeht.

G.R. Kunschak findet es deplaziert, dass solche Dinge in öffentlicher Gemeinderatssitzung zum Gegenstand von Erörterungen gemacht werden. Schuld daran sei nur das Sensationsbedürfnis dieser Herren.

## Zweiter Bogen

Schnorrbriefe kommen in Wien immer vor, man weiss ja, wie sie in Massen verschickt werden. Man nimmt entweder Lehmanns Wohnungsanzeiger her, oder beauftragt ein Büro, die Adressen zu besorgen. Redner selbst habe sich da- gegen ausgesprochen, dass die Gewerkschaften Fahnen führen. Der/Jude Mis- ter Haas ist aber als konfessionslos eingetragen. In seiner Abwesenheit flog der Brief von seinem Schreibtisch weg, daraus wurde nun eine Staats- affäre gemacht. Die Gewerkschaft hat festgestellt, dass erstens der Brief überhaupt von Mister Haas nicht gesehen worden ist und zweitens, Mister Haas keinen Heller hergegeben hat. Gemeinderat Weigl behauptet aber, dass 30 Millionen hergegeben worden sind. Die Frage ist nun, wo dieses Geld hingekommen ist. An der Hand von Erlagscheinen lässt sich feststellen, dass der Betrag nie eingezahlt worden ist. Ich stehe nicht an zu erklä- ren, dass, wenn Sie uns den Namen sagen, wer die 30 Millionen bekommen hat, wir Ihnen die Hälfte dieses Geldes für Ihre Gewerkschaft geben werden. Die Sache wäre sehr einfach aus der Welt zu schaffen, wenn der Redakteur erklärte, er sei irre geführt worden. Dann würde auch Gemeinderat Haider nicht in der Lage sein von einer Verleumdung zu sprechen. Auf jeden Fall ist der Gemeinderat nicht das dazu berufene Forum, diese Sache zu ent- scheiden. Ich hoffe, dass damit dieser Dorfkirchtag ein Ende gefunden hat.

Im Schlusswort kommt Berichterstatter Vizebürgermeister Emmer- ling auf die einzelnen Bemerkungen der Vorredner zurück. Für die Fürsorge- abgabe besteht nach dem Gesetz eine Verpflichtung. Wir müssen sie wie je- der andere Unternehmer leisten. Verzeichnet finde ich sie sich unter dem "Allgemeinen Unkosten". Wenn gefragt wurde, warum noch keine Abrechnung über die Kosten der Elektrifizierung der Stadtbahn vorgelegt wurde, so sei erinnert, dass wir nach einer gesetzlichen Verpflichtung dem Bund sechs Monate nach Eröffnung der letzten Linie eine solche Abrechnung vor- zulegen haben. Diese Abrechnung ist zur Gänze noch nicht fertiggestellt. Es ist aber jetzt schon festzustellen, dass eine wesentliche Erhöhung des Betrages von 185 Milliarden nicht eingetreten ist. Wurde dieser Betrag überschritten, so musste den verschiedenen Preisänderungen Rechnung ge- tragen werden. Gegenüber den Ausführungen des Gemeinderates Schelz muss festgestellt werden, dass wir nur scheinbar Monopole haben, denn wir sind, was den Preis dieser Erzeugnisse an- langt, sogar mit Herabsetzungen vorgegangen. Man kann also nicht von Monopolen in dem Sinne jener schran- kenlosen Ausnützung sprechen, dies sonst Monopolen eigen ist, wir geben an Rabatt für Lichtreklame 32 bis 34 Milliarden und haben auch sonst eine starke prozentuelle Erhöhung des Umsatzes zu verzeichnen. Sie beträgt bis zu 25 Prozent. Die Berechnungen des Herrn Gemeinderates Schelz sind wesentliche Fehler unterlaufen. Den Kabelzins haben nicht wir eingeführt. Der Betrag für Wagenerhaltung ist gesondert ausgewiesen, weil wir sie der Privatindustrie übergeben, um den Tiefstand in dieser Industrie zu he- ben. Auch wir haben noch Anlehenszinsen zu zahlen. Wenn von den oppositio- nellen Rädern immer wieder die Voranschläge mit den Rechenschaftsab- schlüssen verglichen und die Unterschiede in den Ziffern als ein Beweis für angeblich unrichtige Budgetierung hingestellt werden, so braucht man nur auf die Tatsache zu verweisen, dass es speziell bei den städtischen Unternehmungen ganz unmöglich ist, im Voranschlag genaue Annahmen auszuweisen. Wenn wir 20 Nebeltage haben ist der ganze Voranschlag beim städtischen Elektrizitätswerk über den Haufen geworfen und auch bei der Strassenbahn ist die Zahl der schönen Sonn- und Feiertage für den Betrieb von ausschlaggebender Bedeutung. Gemeinderat Haider hat auch ganz falsche Schlüsse aus der schlechten Prüfungsmethode, die er anwendet, gezogen. Für die Vorauszahlungen nannte er eine Summe von 200 Millionen Schilling die wir eingenommen haben sollen. An diese ungeheure Summe wird er wohl selbst nicht glauben. Man sollte doch nicht so leichtfertig mit den Null- len herumwerfen, auch wenn sie hinten stehen. Seine Behauptung, dass wir das Koalitionsrecht der Angestellten verachten, wurde hier schon wieder- holt widerlegt, es genügt die Feststellung, dass kein/Strassenbahner Bei-

träge für die gewerkschaftliche Kasse vom Lohn abgezogen werden. Die Be- schwerden des Gemeinderates May über die Führung einzelner Strassenbahn- linien sollen überprüft werden, den Antrag auf Ausgabe kombinierter Fahr- schein zu 30 Groschen an die ortansässigen Bewohner in Neustift und Salmansdorf bitte ich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zusa- weisen.

Zu der Beschwerde über die Transferierung eines Strassenbahnners ist zu bemerken, dass der Betreffende im Jahre 1921 wegen Inkorrektheiten bei der Fahrscheinausgabe versetzt wurde. Dieser Tatsache ist auch in dem Brief der Gewerkschaft christlicher Strassenbahner Erwähnung ge- schehen, nur hat Herr Gemeinderat Lehninger sie in seiner Beschwerde vor- zubringen vergessen. Da kann man leicht zur Anschauung kommen, dass der betreffende Strassenbahner aus politischen Gründen gemassregelt wurde. Zu der Klage, dass Strassenbahner über Gebühr zum Dienst herangezogen und gleichsam ausgebeutet werden, ist zu bemerken, dass in einer Mitteil- ung der Organisation der Strassenbahner Wiens an die Direktion aus- drücklich festgestellt wird, es sei die von den Tageszeitungen kolpor- tierte Behauptung, die Strassenbahner werden vom Unternehmer zur 14 bis 16stündigen Arbeitszeit gezwungen, den Tatsachen nicht entspricht. Anderer- seits wurde darüber geklagt, dass christlichsoziale Strassenbahner nicht zu Ueberstundenleistungen und zu Extraturen zugelassen werden. Das ist unrichtig und durch die Tatsache widerlegt, dass ein christlichsozialer Vertrauensmann an Ueberstundengebühren in einem Monat 119 Schilling verdient hat. Auf der einen Seite ist es eine Ausbeutung auf der anderen Seite wieder eine schwere Schädigung. Von einer bedeutenden Erhöhung der Fahrpreise zu sprechen und/ auch zuzugeben, dass jetzt die 27 Kilome- terlangen Stadtbahnlinien mitbenützt werden können, ist nicht loyal. Dem Wunsche auf Eröffnung einer Haltestelle bei der Kutschkergasse kann nicht Rechnung getragen werden, weil sich fünf Häuser weiter obne- hin eine Haltestelle befindet. Bezüglich der Krottenbachlinie liegen schon seit 15 Jahren entsprechende Abträge vor, sie wurden aber immer wieder abgelehnt, der Bau würde zuviel kosten, man muss ihn auf eine bessere Zeit verschieben. Schliesslich verweist der Referent auf die angekündigte Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise und der Postgebühren, es sei charakteristisch, dass die Reichspost diese Erhöhungen totschreibt, während auch die geringfügigste Erhöhung der Strassenbahnfahrpreise so gleich zum Gegenstande scharfer Kritik gemacht und behauptet wird, dass dadurch neue Teuerungswellen ausgelöst werden. Der Referent bittet um Annahme des Voranschlages. (Beifall).

Es wird nun als letzte Verwaltungsgruppe der Abschnitt über das Ernährungs- und Wirtschaftswesen beraten. Stadtrat Kokrda führt ein- leitend aus, dass diese Gruppe im Jahre 1926 ein Erfordernis von 67,324.150 Schilling veranschlagt, was gegenüber dem laufenden Jahr ein Mehrerfordernis von 6,365.803 Schilling ist. Zum erstenmal erscheinen in dieser Gruppe auch die städtischen Lagerhäuser, die noch in diesem Jahr bei der Gruppe der städtischen Unternehmungen eingereiht sind. Es ist für das Jahr 1926 ein Abgang von 281.520 Schilling veranschlagt. Auch heuer werden alle Volks- und Bürgerschüler und Schülerinnen Lernmittel unentgeltlich von der Gemeinde/beigestellt bekommen. Im Voranschlag ist ferner die Instandsetzung von 150 Schulgebäuden, die Errichtung von Physikräumen in vier Bürgerschulen, die Ausgestaltung der Turnsäle und Schulgärten vorgesehen. Die Volksschule in der Brünnerstrasse wird einen Zubau, um fassend fünf Klassen erhalten, was einen Kostenaufwand von 130.000 Schil- ling verursacht. Die städtischen Approximierungseinrichtungen werden weiter ausgebaut. Es ist gelungen, die Kontumazanlagen fertigzustellen. Unser Rinderschlachthaus entspricht allen Anforderungen, die an eine solche Einrichtung gestellt werden können. Die Grossmarkthalle wird wei-

### D r i t t e r B e g a n g

weiter ausgebaut, was durch die Beschaffung der neuen Kühlräume möglich ist. Durch diese umfangreichen Arbeiten wird aber der Betrieb keineswegs unterbrochen werden. Die Beschickung der Wiener Märkte mit ~~Lebensmitteln~~ ist sehr günstig, nur der Auftrieb von lebenden Rindern bleibt gegenüber dem Vorjahr zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, weil die Nachfolgestaaten sich eigene Schlachthausanlagen errichtet haben und mehr Fleisch als lebend viertel nach Wien bringen. Die Marktgebühren bieten keine Möglichkeit zu Investitionen, weil sie so geringfügig sind, dass sich nach der neuen Währung oft nicht einmal die Einhebung lohnt. Ueber eine Regelung muss bald gesprochen werden. Die Frage der Errichtung eines grossen Obst- und Gemüsemarktes wird immer dringender, doch sind vor allem wegen der Wahl des geeigneten Platzes, noch keine entscheidenden Schritte erfolgt. (Beifall).

Vizebürgermeister Hoss, (chr. soz.) bemerkt, dass die Approvisionierungsfragen seit jeher vielumstritten waren. Obwohl die gegenwärtige Minderheit, als sie die Verwaltung führte, vielmehr auf diesem Gebiet geleistet hat als heute geschieht, haben die Sozialdemokraten diese Leistungen seinerzeit überaus kritisch behandelt. Ausser der Fertigstellung des Kontumazmarktes hat die gegenwärtige Mehrheit nichts besonderes vollbracht. Von den Christlichsozialen hat man früher verlangt, dass sie sich auch um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln kümmern sollen. Die Verhältnisse waren damals schon wegen Ungarn sehr ungünstig und trotzdem sind wir immer wieder angegriffen worden. Es sind auch unsere Marktgebühren begriffelt worden und es wurde gesagt, dass dadurch der Bevölkerung Fleisch und Brot verteuert werde. Jetzt aber wird überhaupt nichts anderes gemacht, als Einhebung dieser Gebühren. Wir sind immer dafür eingetreten, dass das Lagerhaus und das Brauhaus zur Wirtschaftsgruppe kommen sollen. Jetzt hat man endlich beim Lagerhaus uns gefolgt, leider ist dieses Unternehmen bereits ein schwer kranker Patient geworden. Das Brauhaus, den gesunden Patienten hat man bei der Gruppe der Unternehmungen gelassen. Für uns war das Lagerhaus immer ein gewisser Stolz und wir haben noch im Jahre 1913 den Getreidespeicher eröffnet und dieses Unternehmen ständig ausgebaut. Jetzt ist das Lagerhaus in eine schwierige Situation geraten. Wir verlangen genauen Einblick in die Verhältnisse dieses Betriebes, damit wir in die Lage kommen an der Gesungung mitzuhelfen. Redner verlangt schliesslich von der Mehrheit ein Programm über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, weil dies schon vor dem Kriege versprochen worden ist. Die Vieh- und Fleischmarktkasse bezeichnet Redner in ihrem gegenwärtigen Bestand als unzweckmässig und verlangt, dass dafür eine geeignete Organisation geschaffen werde. (Beifall).

G.R. Merbaul (chr. soz.) beschwert sich über Misstände im Schweineschlachthaus und im Kontumazmarkt, wo ein unentwirrbares Durcheinander den Betrieb aufs Schwere gefährdet. Die Kühlanlage entspricht längst nicht mehr den Bedürfnissen und für den Sommer sind schwere Unzukömmlichkeiten zu befürchten. Redner stellt den Antrag, dass dem Gemeinderat ehestens das Projekt eines Neubaus des Schweineschlachthofes in St. Marx samt den notwendigen Nebengebäuden und einer Kühlanlage vorgelegt wird. In der Grossmarkthalle herrscht der Obmann des Betriebsrates und nicht der Leiter der Markthalle. Den Betrieb auf den Nachmarkt muss man sich zwischen 2 und 3 Uhr morgens ansehen, wo ein wirres Durcheinander und ein ungeheurer Lärm die ganze Umgebung belästigt. Auf dem Gemüsemarkt herrscht eine Ordnung wie nirgends sonst, was beweist, dass es nur auf eine stramme Leitung ankommt. Der Pferdemarkt ist im Niedergang begriffen.

G.R. Erban (chr. soz.) wendet sich gegen die hohen Pachtzinse für städtische Gründe, die für 1925 mit 132.000 Schilling genehmigt wurden, für 1926 aber einen Ansatz von 272.000 Schilling zeigen. Redner hatte Gelegenheit bei einem Pächter eines Sandplatzes am Donaukanal den 48.000fachen Pachtzins festzustellen. Der Mann muss dort 5 1/2 Millionen Kronen monatlich an Pacht zahlen. Vergleicht man die Einstellung der Majorität dieses Saales als Hausbesitzer und Grundherren mit der als Versammlungsredner, so findet man einen gewaltigen Unterschied.

G. R. Stöger (chr. soz.) beschäftigt sich mit den Lernmitteln, für die wieder ein grosser Betrag aufgewendet wird, während andere Kulturgüter verfallen. Auch die Zentralheizungen in den Schulen versagen.

In seinem Schlusswort kommt Stadtrat Kokrda auf die in der Debatte vorgebrachten Wünsche und Beschwerden zurück und erwidert insbesondere auf die Bemerkungen Stöger's, dass er für den Inhalt der Klassenlektür keine Verantwortung zu übernehmen vermöge, dass sei Sache des Stadtschulrates und auch des Unterrichtsministeriums. Dem Antrag Schlösinger's auf Einführung von Haushaltungsschulen könne er nicht zustimmen, da die Gemeinde auf diesen Gebiete ohnehin so weit als möglich vorgesorgt habe.

Damit ist die Beratung der einzelnen Verwaltungsgruppen beendet und der Vorsitzende Gemeinderat Weigl leitet die Abstimmung ein. Die Verwaltungsgruppen städtische Unternehmungen und Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten werden unverändert angenommen. Die zur Verwaltungsgruppe städtische Unternehmungen gestellten Entwürfe der Minderheit der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die übrigen Anträge abgelehnt.

Es wird nun zum Kapitel: Bilanz und Bedeckung geschritten. Dazu führt Stadtrat Breitner aus: In mehrtägigen Beratungen hat der Gemeinderat den Voranschlag besprochen. Neue Steuerlasten werden der Bevölkerung nicht aufgelegt. Die Bedeckung des Abganges soll auf die Kassenbestände verwiesen werden. Gemeinderat Zimmerl hat mich aufmerksam gemacht, dass er einen Antrag einbringen wird, der für Steuerermässigungen zehn Millionen Schilling vorsieht. Ich kann mich diesem Antrag nicht anschliessen, sollte sich im Laufe des Jahres Gelegenheit ergeben, Steuern zu ermässigen werden wir die entsprechenden Anträge unterbreiten (Beifall).

G. R. Zimmerl (chr. soz.): In der Generaldebatte hat der Bürgermeister davon gesprochen, dass hier der Voranschlag eines armen Gemeinwesens beraten wird, der aber in sparsamer und musterhafter Ordnung aufgestellt wurde. Was die Armut anlangt, können wir nur sagen, dass das Defizit von 62 Millionen Schilling kein wirkliches ist. Wir sind schon länger im Gemeinderat als der Bürgermeister und können versichern, dass aus dem Gebärungsabgang wieder ein Ueberschuss werden wird. Das war jedes Jahr so. Es wurde die Öffentlichkeit schon vor der Beratung des Voranschlages auf Steuerermässigungen aufmerksam gemacht. Aber das was hier beschlossen worden ist, kann doch nicht so bezeichnet werden. Wir halten es für ausgeschlossen, dass bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht auch Erleichterungen auf diesem Gebiet folgen müssen. Das Defizit wird bestimmt verschwinden und die Kassenbestände werden bleiben. Es ist uns natürlich unmöglich Details vorzuschlagen, aber mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage stelle ich folgenden Antrag: Der Wiener Gemeinderat hält es für seine Pflicht, wirksame Steuererleichterungen zu verfügen. Es wird daher die Post 2 der Bilanz von 374 Millionen Schilling auf 364 Millionen Schilling eingeschränkt und der Gebärungsabgang mit 72 Millionen Schilling festgestellt. Hinsichtlich der so freigewordenen zehn Millionen Schilling wird der Finanzreferent angewiesen, dem Gemeinderat innerhalb vier Wochen Anträge dahingehend zu stellen, bezüglich welcher Steuern und in welchem Ausmasse der Gemeinderat einen Verzicht auf die Einhebung beschliessen soll.

Die Annahme dieses Antrages wird bewirken, dass alle Kreise der Bevölkerung das neue Geschäftsjahr mit neuer Zuversicht begrüssen werden und wird sicherlich auch einen Abbau der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Es wird nun über Bilanz und Bedeckung abgestimmt. Die Ansätze werden von der Mehrheit unverändert genehmigt. Der Antrag Zimmerl's abgelehnt. Bürgermeister Seitz es erübrigt mir nur noch, allen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Mitarbeit herzlichst zu danken. Es ist ein schweres Werk gewesen, dass uns sehr viele Tage und Stunden in Anspruch genommen hat. Ich danke vor allem den Mitgliedern des Gemeinderates die mich im Vorsitz unterstützt haben, ferner den Mitgliedern des Stadtsenates und des Finanzausschusses, die die entsprechenden Vorarbeiten geleistet haben. Insbesondere danke ich der gesamten Beamtenschaft, dem Herrn Magistratsdirektor Dr. Hartl, Herrn Obermagistratsrat Dr. Neumayer, Herrn Rech-

mungsdirektor Knobloch und dem Direktor des Kontrollamtes Müller, die in schwerer Arbeit nicht nur die notwendigen Vorarbeiten geleistet, sondern auch im Saale bei den Beratungen selbst uns wesentlich unterstützt haben. Mein Dank gilt auch der Rathauskorrespondenz und dem Stenographenbüro, den Vertretern der Presse ohne Unterschied der Partei und den Beamten des Präsidialbüros für ihre Mühewaltung und Unterstützung.

Es werden hierauf vier Geschäftestücke erledigt.

St. R. Richter berichtet über eine im Zuge der Reform des Feuerwesens notwendige Errichtung einer Hauptfeuerwache in dem städtischen Hause XVII., Johann Nepomuk-Bergerplatz 12. Hierzu ist ein Sachkredit von 105.000 Schilling notwendig.

G. R. Doppler (chr. soz.) vertritt die Ansicht, dass durch die Errichtung dieser Feuerwache die freiwilligen Feuerwehren in Ottakring und Neudörfel neuerlich zurückgedrängt werden. Klage sei aber darüber zu führen, wie man den Gemeinderat behandelt. Bevor noch die Erledigung in den Ausschüssen für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und Bauwesen erfolgt war, wurde schon an die Anbotsausschreibung geschritten.

St. R. Richter erklärt, dass für die Feuerwehre Ottakring das Depot unzureichend ist, da fünf Automobile Geräte, die Mannschaften und die Pferde unterzubringen sind, aus hygienischen Gründen ist eine andere Unterbringung nicht möglich. Der Antrag wird daraufhin angenommen.

Nach einem Referate Stadtrats Richter wird für die Behebung eines Baugebrechens in der Hauptfeuerwache Döbling ein Sachkredit in der Höhe von 3.700 Schilling bewilligt.

Stadtrat Siegel berichtet über die Abänderung des Entwurfes für den Wohnhausbau in der Steinbauergasse.

G. R. Müller (chr. soz.) bemerkt, dass Haus sei schon unter Dach und jetzt werde erst die Genehmigung vom Gemeinderate eingeholt.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Nach einem Referat des Gemeinderates Witzmann auf Ankauf eines Grundstückes hält Bürgermeister Seitz an die Mitglieder des Gemeinderates folgende Ansprache:

Wir nehmen Abschied von einem Jahr ernster Arbeit und viel Kummer und Sorgen. Wenn ich zurückschaue auf dieses Jahr, so muss ich sagen, dass ein starkes Stück Wiederaufbauarbeit geleistet worden ist. Wir haben verschiedene Meinungen über den Weg der eingeschlagen werden durch eine welthistorische Katastrophe, in die wir gestürzt worden sind. So verschieden die Auffassungen über den Weg und die Mittel hierzu sind, darf man wohl sagen: Wir sind einig in der Liebe zu unserer Stadt, der wir dienen wollen und in der Ueberzeugung, dass wir die Pflicht haben, unser Bestes daranzusetzen. Ich danke allen Mitgliedern des Gemeinderates ohne Unterschied der Partei für ihre selbstlose Arbeit in diesem Jahre, für die Mitwirkung und Unterstützung, die wir in unserer Tätigkeit gefunden haben. Ich danke auch allen im Dienste der Gemeinde stehenden geliebten Arbeitern und Handarbeitern, auch meinen näheren Mitarbeitern, den Vizebürgermeistern, den Mitgliedern des Stadtsenates, den einzelnen Ausschüssen und den Bezirksvertretungen. Nicht zuletzt gedenken wir unserer Mitbürger überhaupt, der gesamten Bevölkerung Wiens, die mit der den Wienern eigenen so seltenen Elastizität und doch mächtigen Kraft die schweren Leiden ertragen und die mit uns bestrebt sind, uns wieder emporzuhelfen. Mögen sich unsere Wünsche für das neue Jahr im Sinne des Wiederaufbaues der Stadt Wien erfüllen und das neue Jahr uns eine bessere Zukunft beschere. (Lebhafter Beifall).

Die Sitzung wird um neun Uhr abends geschlossen.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 23. Dezember 1925.

.....  
Das Ergebnis der Stollenuntersuchung beim Opponitzer Kraftwerk. Wir haben bereits berichtet, dass infolge des Ablaufes der Haftpflicht der Baufirmen eine gründliche Untersuchung der Stollen des Opponitzer Kraftwerkes vorgenommen wurde. Dabei zeigten sich in einem Stollen Bauschäden. Die Untersuchungen sind nunmehr abgeschlossen. Die festgestellten Mängel treten in einer Strecke der Wasserführung des Kraftwerkes auf, die entgegen den früheren geologischen Gutachten nicht durch Opponitzer Kalk sondern durch gipshältiges Haselgebirge führt. Nach dem in diesen Stollenstrecken überdies noch starke gipshältige Quellen aufgetreten sind, wurde die Mauerung und Drainagierung dieser Stollen bei der Erbauung des Werkes mit der größten Sorgfalt vorgenommen. Die Quellen wurden unterhalb des Wasserführungstollens in Drainageröhren abgeleitet, die an den Stollenenden ins Freie münden. Infolge des regenreichen Sommers führten die Quellen viel Sand und Schlamm mit. Dadurch wurde die Drainage verstopft und es konnten die gipshältigen Wasser nicht ablaufen, wodurch Schäden in den Stollen entstanden. Die Arbeiten in den Stollen konnten, da jetzt die Ybbs nur wenig Wasser führt, sofort begonnen werden. Die Kosten trägt die bauführende Firma. Bei Eintritt des Frühjahrswassers wird das Werk wieder normal arbeiten.

Die beschädigte Stollenstrecke wird mit Elektro-Schmelzzement ausgebessert. Dieses Material wird erst seit kurzer Zeit verwendet und ist gegen gipshältiges Wasser unempfindlich. Die gipshältigen Wassermengen werden durch Sickerstollen direkt ins Freie abgeleitet und so mit dem Mauerwerk der Stollen des Kraftwerkes nicht mehr in Berührung kommen.

.....

Historisches Museum der Stadt Wien. Da nunmehr die Johann Strauss Gedächtnis-Ausstellung geschlossen ist, konnte das Historische Museum der Stadt Wien mit allen vier Abteilungen eröffnet werden. Im letzten Saal der dritten Abteilung sind die bedeutendsten Neuerwerbungen aus letzterer Zeit an Werken der bildenden Kunst ausgestellt. Zu den Weihnachtsfeiertagen ist das Museum Freitag und Samstag von 9 bis 12 Uhr und Sonntag von 9 bis 1 Uhr geöffnet. Eintritt frei.

.....

Bau einer Brücke zum Strandbad "Gänsehäufel". Der Betrieb des städtischen Strandbades "Gänsehäufel" hat bisher unter den ungünstigen Uebergangsverhältnissen über die Alte Donau nicht unerheblich gelitten. Der schmale Holzsteg und die elektrische Fähre genügen nicht mehr dem starken Badeverkehr. Nunmehr wird an Stelle des Holzsteges eine Eisenbetonbrücke errichtet werden. Die neue Brücke wird neunzig Meter lang sein, zwei Gehwege und eine breite Fahrbahn aufweisen. Der Bau wurde am 17. Dezember begonnen und wird die Brücke bei Beginn der Badezeit vollendet sein.

.....